

Jan Specht, 7.12.23 AUF-Redebeitrag zur Ratssitzung am 7.12.23 zu TOP 1.1 Nahostkrieg

„Diejenigen, die sich ernsthaft mit den ungeheuerlichen Verbrechen des Hitlerfaschismus am jüdischen Volk befasst haben, haben eine Ahnung davon, wie tief schockierend die faschistischen Massaker der Hamas am 7. Oktober für die Bevölkerung in Israel sind. Sie sind aufs Schärfste zu verurteilen und dafür gibt es keinerlei Rechtfertigung.

Zugleich ist die brutale Gewalt der israelischen Militärmaschinerie, mit der die gesamte Bevölkerung im Gaza-Streifen vom Säugling bis zum Greis in Sippenhaft für die Hamas genommen, bombardiert und vertrieben wird nicht gerechtfertigt. „Auch Israel steht nicht über dem Völkerrecht“, sagt zurecht UNO-General-Sekretär Guterrez.

Israel war für die Überlebenden des Holocaust als sicherer Schutzort aufgebaut worden – auch mit Unterstützung der damals noch sozialistischen Sowjetunion, die Israel als erster Staat anerkannte. Bis heute gilt es das Existenzrecht Israels zu verteidigen.

Aber die Hoffnung auf ein friedliches Zusammenleben von Juden und Palästinensern wurde immer und immer wieder torpediert, vor allem durch den bis heute anhaltenden menschen- und völkerrechtswidrigen Landraub und Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung. Heute sind es auch die islamistisch-fundamentalistischen Geldgeber der Hamas, des Dschihad oder der Hisbollah im Iran, in Katar und der Türkei Erdogans, die Spaltung betreiben.

Unter der Netanjahu-Regierung wurde der Weg zu einer Zweistaatenlösung als möglicher Übergang zu einem gemeinsamen Staatswesen in der Region nicht mehr verfolgt, sondern von der extrem nach rechts gerückten israelischen Regierung mit Vertreibung, Diskriminierung, Repression und Ausweitung von Siedlungsprojekten untergraben. Diese Regierung wird von einem großen Teil der Jüdinnen und Juden kritisiert und abgelehnt.

Wir kritisieren, wenn ausgehend von der Bundesregierung Netanjahus Politik kritiklos unterstützt wird - und selbst die Forderung nach einer Waffenruhe in dem völkerrechtswidrigen Gaza-Krieg abgelehnt wird. Warum wird immer nur und ausschließlich das Mitgefühl mit den Hamas-Opfern in Israel eingefordert? Wir fragen: Wie glaubwürdig ist diese Haltung und Doppelmoral, die von zahlreichen Menschen - und selbst von europäischen Politiker infrage gestellt wird?

Wer differenziert urteilt und die israelischen Regierungspolitik kritisiert, riskiert als Antisemit diffamiert zu werden – das entspricht auch der Intention des kommunalen Handlungskonzepts, das gemeinsam mit der AfD vor einigen Monaten verabschiedet wurde. Auch fortschrittliche Israelis schütteln über solcherlei Maulkorb-Bestimmungen nur den Kopf.

Dieses Handlungskonzept ist völlig untauglich – die antisemitische Verharmlosung des Hitlerfaschismus in Reihen der AfD, aber auch islamistisch-faschistische Organisationen, die in Essen frei demonstrieren durften und auf offener Straße ein Kalifat forderten tauchen darin nicht auf.

In einer Sendung des ARD-Weltspiegels vor wenigen Wochen kam ein älterer jüdischer Mann zu Wort, dessen Tochter von der Hamas entführt worden war. Er flehte um ihre Freilassung. Aber er sagte auch: *„Ich weiß, dass auch in Gaza Mütter um ihre Kinder weinen. Ich will nur Frieden, Frieden, Shalom, Shalom!“*

Welche haushohe moralische Überlegenheit zeigt sich da gegenüber all denjenigen, die die immensen Leiden des palästinensischen Volkes ignorieren - oder gar als Kollateralschaden rechtfertigten. Das schürt nur noch mehr Hass und Rache und treibt noch mehr Menschen islamischen Glaubens in die Arme der faschistischen Hamas.

Es gibt in Israel und in den palästinensischen Gebieten viele Menschen, die sich trotz alledem für ein friedliches Miteinander einsetzen – und es gibt eine wachsende weltweite Protest- und Friedensbewegung. Das macht uns Hoffnung.“

Zum Antrag der WIN TOP 1.8 „Palästinensische Flagge vor dem Rathaus hissen“ bezog Jan Specht für AUF Gelsenkirchen Position: „Als Appell an Völkerfreundschaft und internationale Solidarität unterstützt AUF Gelsenkirchen den Antrag der WIN-Fraktion, neben der israelischen auch ein palästinensische Fahne vor dem Hans-Sachs-Haus und dem Rathaus Buer aufzuziehen.“